**Vollziehungsverordnung
zum Gesetz betreffend Erwerb und Verlust des Gemeinde-
und des Kantonsbürgerrechts
(Kantonale Bürgerrechtsverordnung, kant. BüV)**

vom 25. November 1992¹⁾

Der Regierungsrat des Kantons Zug,
in Vollziehung des kantonalen Bürgerrechtsgesetzes vom 3. September 1992²⁾,
nachstehend Gesetz genannt,
beschliesst:

A. Verfahren bei Einbürgerung durch Beschluss

1. Einbürgerung von Schweizerbürgern in einer Gemeinde

§ 1

Gesuche und Unterlagen

Gesuche von Schweizerbürgern um Einbürgerung in Gemeinde und Kanton sind auf besonderem Formular dem Bürgerrat der Einbürgerungsgemeinde einzureichen. Verheiratete, Verwitwete und Geschiedene haben einen Familienschein, Ledige einen Personenstandsausweis beizulegen. Die Wohnsitzdauer im Kanton und in der Einbürgerungsgemeinde ist mit entsprechenden Ausweisen zu belegen.

¹⁾ GS 24, 139

²⁾ BGS 121.3

121.31

§ 2

Antrag des Bürgerrates

Sind die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt, stellt der Bürgerrat für die Gesuche nach § 9 des Gesetzes der Gemeindeversammlung Antrag auf Einbürgerung.

§ 3

Mitteilungen bei Kantonsbürgern

Die Erteilung des Gemeindebürgerrechts an Kantonsbürger ist vom Bürgerrat dem Eingebürgerten und folgenden Stellen mitzuteilen:

- a) den Zivilstandsämtern des oder der bisherigen Heimorte(s), des neuen Heimortes und des Wohnsitzes (Art. 131 Abs. 1 Ziff. 1 ZStV¹⁾;
- b) den Bürgerräten des oder der bisherigen Heimorte(s);
- c) der Direktion des Innern;
- d) dem Kreiskommando, sofern es sich um einen Neubürger im wehrpflichtigen Alter handelt.

§ 4

Weiterleitung des Gesuches bei Bürgern anderer Kantone

Wurde dem Bürger eines andern Kantons das Gemeindebürgerrecht erteilt, so übermittelt der Bürgerrat das Bürgerrechtsgesuch, auf welchem die erfolgte Einbürgerung zu bestätigen ist, samt den vorhandenen Unterlagen der Direktion des Innern.

2. Einbürgerung von Ausländern in einer Gemeinde

§ 5

Vorbereitung der Bewerber

Zur Vorbereitung der Bewerber auf die Einbürgerung führt die Direktion des Innern staatsbürgerliche Kurse durch.

§ 6

Gesuche und Unterlagen

¹ Gesuche von Ausländern um Einbürgerung in Gemeinde und Kanton sind auf besonderem Formular dem Bürgerrat der Einbürgerungsgemeinde mit folgenden Unterlagen einzureichen:

¹⁾ Eidgenössische Zivilstandsverordnung vom 1. Juni 1953 in der Fassung vom 28. November 1988 (SR 211.112.1)

1. Einbürgerungsbewilligung des Bundesamtes für Polizeiwesen;
2. Ausweis über die Staatsangehörigkeit;
3. Zivilstandsdokumente, woraus die genauen Personalien aller mit dem Gesuch erfassten Personen hervorgehen;
4. Ausweis(e) über die Wohnsitzdauer im Kanton und in der Einbürgerungsgemeinde;
5. Auszug aus dem Steuerregister.

² Der Bürgerrat kann weitere sachdienliche Unterlagen verlangen.

³ Sind die nach Ziffer 2 und 3 verlangten Ausweise nicht oder nur sehr schwer erhältlich, so kann die Direktion des Innern von deren Vorlegung befreien.

§ 7

Behandlung und Weiterleitung

¹ Für die Behandlung der Bürgerrechtsgesuche von Ausländern seitens des Bürgerrates und der Gemeindeversammlung und für deren Weiterleitung an die Direktion des Innern gelten sinngemäss die Bestimmungen der §§ 2 und 4. Vorbehalten bleibt die alleinige Zuständigkeit des Bürgerrates nach § 11 des Gesetzes.

² Für Ausländer, deren Einbürgerung nicht in die alleinige Zuständigkeit des Bürgerrates fällt, stellt er der Gemeindeversammlung überdies Antrag auf Festsetzung der Einbürgerungstaxe im Rahmen des gemeindlichen Reglementes.

3. Erteilung des Ehrenbürgerrechts einer Gemeinde

§ 8

Antrag und Weiterleitung

¹ Die Erteilung des Ehrenbürgerrechts erfolgt in der Regel auf Antrag des Bürgerrates; ein allfälliger Antrag aus der Gemeindeversammlung ist gleich zu behandeln wie eine Motion.

² In solchen Fällen hat der Bürgerrat die zur Einbürgerung notwendigen Unterlagen zu beschaffen.

³ Nach erfolgter Erteilung des Ehrenbürgerrechts an einen Bürger eines andern Kantons oder an einen Ausländer hat der Bürgerrat von Amtes wegen dem Regierungsrat zu beantragen, es sei dem Betreffenden auch das Kantonsbürgerrecht zu erteilen.

121.31

4. Erteilung des Kantonsbürgerrechts an Bürger anderer Kantone und an Ausländer

§ 9

Antrag

Sind die gesetzlichen Voraussetzungen erfüllt, stellt die Direktion des Innern dem Regierungsrat zuhanden des Kantonsrates Antrag auf Erteilung des Kantonsbürgerrechts.

§ 10

Mitteilungen

Die Erteilung des Gemeinde- und des Kantonsbürgerrechts an Bürger anderer Kantone und an Ausländer ist von der Staatskanzlei dem Eingebürgerten und folgenden Stellen mitzuteilen:

- a) den Zivilstandsämtern des oder der bisherigen schweizerischen Heimorte(s), des neuen Heimortes und des Wohnsitzes (Art. 131 Abs. 1 Ziff. 1 ZStV¹⁾);
- b) dem Bürgerrat der Einbürgerungsgemeinde;
- c) den Bürgerräten bzw. Gemeinderäten des oder der bisherigen schweizerischen Heimorte(s);
- d) der Direktion des Innern;
- e) dem Kreiskommando, sofern es sich um einen Neubürger im wehrpflichtigen Alter handelt;
- f) dem Amt für Ausländerfragen²⁾ und dem Bundesamt für Polizeiwesen, sofern der Gesuchsteller Ausländer war.

5. Ausstellung von Heimatscheinen, Heimatausweisen und Bürgerrechtsbescheinigungen³⁾

§ 10a bis 10d⁴⁾

¹⁾ SR 211.112.1

²⁾ Fassung gemäss V über die Ämterzuteilung vom 9. Dez. 1998 (GS 26, 251).

³⁾ 5. Abschnitt mit den §§ 10a bis 10g; Fassung gemäss § 7 V zur Bundesgesetzgebung über die Ausweise für Schweizer Staatsangehörige vom 10. Dezember 2002 (GS 27, 593); in Kraft am 1. Januar 2003.

⁴⁾ Aufgehoben durch Ziff. III. Änderung der kant. Zivilstandsverordnung vom 18. Mai 2004 (GS 28, 119).

§ 10e

Heimatausweis

a) Zweck, Ausstellung und Gültigkeit

¹ Mit dem Heimatausweis bestätigt die Einwohnerkontrolle:

- a) den Wochenaufenthalt an einem andern Ort;
- b) den Saisonaufenthalt;
- c) eine Nebenniederlassung;
- d) den Aufenthalt zu Studien- oder Kur-Zwecken.

² Heimatausweise werden auf Grund der hinterlegten Heimatscheine ausgestellt.

³ Heimatausweise gelten nur in der Schweiz und während höchstens eines Jahres. In Ausnahmefällen, insbesondere für Heimaufenthalte und zu Studienzwecken, kann der Heimatausweis auch für eine längere Zeit ausgestellt werden.

§ 10f

b) Kontrolle

Die Kontrolle über abgegebene Heimatausweise ist Aufgabe der Schriftenkontrolle, welche von der Einwohnerkontrolle geführt wird.

§ 10g¹⁾

B. Verlust des Bürgerrechts durch Verzicht

§ 11

Gesuche und Entscheid

Gesuche um Entlassung aus Gemeindebürgerrechten und dem Kantonsbürgerrecht oder aus Gemeindebürgerrechten allein sind schriftlich mit den nötigen Ausweisen nach §§ 24 bis 26 des Gesetzes der Direktion des Innern einzureichen.

§ 12

Mitteilungen

Wird dem Gesuch entsprochen, so ist der Entscheid der Direktion des Innern ausser dem Entlassenen folgenden Stellen mitzuteilen:

¹⁾ Aufgehoben durch Ziff. III. Änderung der kant. Zivilstandsverordnung vom 18. Mai 2004 (GS 28, 119).

121.31

- a) den Zivilstandsämtern des oder der bisherigen Heimorte(s), des neuen Heimortes und des Wohnsitzes (Art. 131 Abs. 1 Ziff. 1 ZStV¹⁾);
- b) den Bürgerräten des oder der bisherigen Heimorte(s);
- c) den Bürgerräten bzw. Gemeinderäten des oder der verbleibenden Heimorte(s);
- d) dem Kreiskommando, sofern es sich um Bürger im wehrpflichtigen Alter handelt;
- e) dem eidgenössischen Justiz- und Polizeidepartement, sofern zugleich die Entlassung aus dem Schweizerbürgerrecht erfolgt.

C. Verlust des Bürgerrechts nach kantonalem Recht

§ 13

Meldepflicht des Zivilstandsbeamten

Der Zivilstandsbeamte des zugerischen Heimortes, der nach Art. 131 Abs. 1 Ziff. 1 der eidgenössischen Zivilstandsverordnung (ZStV¹⁾) von der Einbürgerung eines Kantonsbürgers in einem andern Kanton oder in einer andern zugerischen Gemeinde Kenntnis erhält, hat dies der Direktion des Innern unverzüglich zu melden.

§ 14

Abklärung der Direktion des Innern

¹ Die Direktion des Innern hat dem Kantonsbürger, der das Kantonsbürgerrecht eines andern Kantons oder das Gemeindebürgerrecht einer andern zugerischen Gemeinde erworben hat, den Wortlaut von § 4 des Gesetzes mitzuteilen und auf die Frist von einem Monat für die Abgabe der Erklärung über die Beibehaltung des bisherigen Bürgerrechts hinzuweisen.

² Nach Ablauf der Frist hält die Direktion des Innern das Ergebnis fest und teilt eine allfällige Bürgerrechtsveränderung dem Betroffenen und den interessierten Amtsstellen mit.

¹⁾ SR 211.112.1

D. Schlussbestimmungen

§ 15

Gemeindliche Reglemente

Die Bürgergemeinden haben die bestehenden gemeindlichen Einbürgerungsreglemente bis längstens innerhalb eines Jahres nach Inkrafttreten des Gesetzes an dieses sowie an die Vollziehungsverordnung anzupassen.

§ 16

Inkrafttreten

¹ Diese Verordnung tritt sofort in Kraft.

² Auf den Zeitpunkt des Inkrafttretens wird die Vollziehungsverordnung zum Gesetz betreffend Erwerb und Verlust des Gemeinde- und des Kantonsbürgerrechts vom 3. Juni 1966¹⁾ aufgehoben.

¹⁾ GS 19, 155